

So stehen die Bundestagsparteien zu wichtigen Fragen des Taxi- und Mietwagengewerbes

BZP-Fragen an die Parteien 	SPD 	CDU/CSU 
Ordnungs- und Genehmigungssystem „Wird Ihre Partei an dem seit der Taxinovelle 1983 bestehenden Ordnungsrahmen festhalten oder nach dem 27. September Änderungen daran betreiben wollen? Wenn ja, bei welchen Punkten?“	Die Regelungen im PBefG erfüllen ihren Zweck. Es gibt keinen Grund, vom Genehmigungssystem und von der Trennung von Taxi- und Mietwagenverkehr abzugehen und Veränderungen herbeizuführen.	Das bestehende System hat sich bewährt und ist gut. Aus bundespolitischer Sicht gibt es diesbezüglich keinen Änderungsbedarf.
ÖPNV-Anerkennung „Wie steht Ihre Partei zu einer deklaratorischen Anerkennung des Taxis im PBefG als Teil des ÖPNV?“	In welchem Umfang Taxis die Ergänzung oder Verdichtung des Linienverkehrs übernehmen, sollte der Entscheidung der regionalen ÖPNV-Aufgabenträger überlassen werden. Eine generelle Deklaration des Taxiverkehrs als ÖPNV im Rahmen des PBefG wird deshalb kritisch gesehen.	Im Gegensatz zum standardisierten Personentransport durch öffentliche Verkehrsmittel hat der Taxiverkehr den Vorteil der Erfüllung individueller Einzelwünsche. Um diesen Vorteil zu wahren, sollte selbst eine deklaratorische Einbeziehung in die Definition des ÖPNV nicht erfolgen.
Einheitliche Farbgebung „Unterstützen Sie unsere Position, dass es unbedingt bei einer bundeseinheitlichen Taxifarbe bleiben sollte?“	Es gibt derzeit keinen Grund, die einheitliche Regelung in der BOKraft zur Farbgebung aufzuheben. Die Tendenz in einigen Bundesländern, mittels Allgemeinverfügungen die Taxifarbe freizugeben, sieht man kritisch und hält sie mit den Regelungen in der entsprechenden Verordnung auf Bundesebene nicht vereinbar.	Ja, denn die damit bezweckte Erkennbarkeit trägt dazu bei, dass das Taxi im Rahmen der geltenden Beförderungspflicht seine Funktion, Mobilitätsbedürfnisse individuell zu bedienen, erfüllen kann. Die Taxifarbe erleichtert die Erkennbarkeit von Taxis.
Finanzielle Leistungsfähigkeit „Erklären Sie Ihre Bereitschaft, die Forderung der europäischen Branche nach Einführung eines Mindestbetrages von 7.500 Euro pro Fahrzeug zum Beleg der Leistungsfähigkeit bei Brancheneinstieg zu unterstützen?“	Taxiverkehre sind vorrangig nationale Verkehre, so dass der nationale Gesetzgeber gefragt ist, wenn es um die Regelung der Wettbewerbsbedingungen für das Taxi- und Mietwagengewerbe geht.	Eine CDU-geführte Bundesregierung wird sich – in enger Abstimmung mit den betroffenen Verbänden – in diese Diskussion in Brüssel einbringen.
Qualitätsinitiative Forderung I: „Kleine Fachkunde“ für Fahrer „Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass der angehende Taxifahrer in einer Prüfung nachzuweisen hat, dass er über die für seine Berufsausübung wesentlichen Grundkenntnisse verfügt?“	Die Forderung nach Einführung einer „kleinen Fachkunde“ wird unterstützt und geprüft, in welcher Form diese rechtlich umgesetzt werden kann. Voraussetzung muss aber sein, dass die Unternehmen nicht aus ihrer Eigenverantwortung für Qualitätssicherung vollständig entlassen werden und die Neuregelung in die bestehende Rechtssystematik eingepasst wird.	Die Forderung, dass Taxifahrer sich künftig einer obligatorischen „Kleinen Fachkunde“ unterziehen müssen und dabei eine mündliche und schriftliche Ortskenntnisprüfung in deutscher Sprache ablegen, wird geteilt. Darüber hinaus sind die Taxiunternehmer gefragt, durch qualifizierte Auswahl und Einsatz von Fahrpersonal ein serviceorientiertes Unternehmen zu betreiben, das auch vom Fahrgast angenommen wird.
Qualitätsinitiative Forderung II: Einführung einer generellen Fahrerausweispflicht „Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, per Verordnung auf Bundesebene eine generelle Fahrerausweispflicht einzuführen?“	Die Partei ist offen für die verbindliche Einführung einer Fahrerausweispflicht.	Die Partei setzt sich dafür ein, dass künftig ein bundesweit einheitlicher Fahrerausweis gut sichtbar im Taxi angebracht werden muss.
Sicherheitsinitiative: Generelle Anschnallpflicht im Taxi und Mietwagen „Unterstützen Sie unsere Forderung, eine generelle Anschnallpflicht in Taxis und Mietwagen einzuführen?“	Die Ausnahme von der Anschnallpflicht hat für das Selbstverständnis vieler Taxifahrer eine große Bedeutung. Unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit wird jedoch die Forderung nach einer Wiedereinführung der generellen Anschnallpflicht unterstützt.	Künftig soll die generelle Anschnallpflicht auch für Taxi- und Mietwagenfahrer gelten.
Freistellungsverordnung PBefG „Unterstützen Sie in der kommenden Legislaturperiode die Forderung, dass von den Fahrer von freigestellten Beförderungen von Kindergartenkindern, Schülern und Menschen mit Behinderungen zwingend die Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung vorausgesetzt wird?“	Die Einhaltung von hohen Sicherheitsstandards hat ebenso einen hohen Stellenwert, wie für die Partei die Unterstützung von karitativen und ehrenamtlichen Strukturen in der Gesellschaft ebenso von wichtiger Bedeutung ist.	Durch Hinzuziehen externen Sachverständigen wird zu prüfen sein, ob aufgrund der Rechtslage Auffälligkeiten aus der Unfallstatistik abzuleiten sind. Sollte dies der Fall sein, sind die notwendigen politischen Konsequenzen zu ziehen.

FDP 	Bündnis 90/ Die GRÜNEN 	DIE LINKE.PDS 
<p>Zwar besteht baldige Novellierungsnotwendigkeit aufgrund der EU-Verordnung 1370/2007. Es soll aber beim bewährten Ordnungsrahmen des PBefG bleiben, insbesondere bei den Eckpunkten des Genehmigungssystems. Für die Abgrenzung von Taxi- und Mietwagenverkehr sehen wir keinen Neuregelungsbedarf.</p>	<p>Aufgrund der notwendigen Anpassung an die EU-Verordnung 1370/2007 wird es zwar bald PBefG-Änderungen geben. Die Regelungen für das Taxigewerbe sollen hiervon unberührt bleiben.</p>	<p>Der bestehende bundesgesetzliche Ordnungsrahmen hat sich bewährt. Eventuell vorhandenen Konkurrenzsituationen zwischen Taxi- und Mietwagenbetrieben muss vor Ort begegnet werden.</p>
<p>Nach geltender Rechtslage ist Taxiverkehr öffentlicher Verkehr. Sollte zur mitgetragenen Stärkung der verkehrspolitischen Geltung eine deklaratorische Klarstellung im Zuge der Novellierung des PBefG sinnvoll sein, wird man sich dem nicht verschließen.</p>	<p>Taxiverkehr gehört wie der Verkehr mit Carsharing-Fahrzeugen (Teilautokonzepten) zum ÖPNV.</p>	<p>Der Taxi- wie der Mietwagenverkehr gehört selbstverständlich zum öffentlichen (Nah-)Verkehr. Für eine zusätzliche Klarstellung im PBefG ist die Partei offen.</p>
<p>Die einheitliche Farbgebung für Taxen besitzt zweifellos insbesondere unter „Markenaspekten“ große Bedeutung. Letztlich muss es den Bundesländern überlassen bleiben, ob sie nach BOKraft mögliche Ausnahmen zulassen.</p>	<p>Eine einheitliche Farbgebung ist aus Kundensicht zu begrüßen, allerdings ist dann der Wiederverkaufswert des Taxis geringer. Ein beleuchtetes Taxischild auf dem Dach reicht vollkommen aus, um Taxen von normalen Fahrzeugen unterscheidbar zu machen.</p>	<p>Wegen des Verbraucherschutzes ist es notwendig, dass Taxen sofort als solche erkennbar sind. Diese Funktion erfüllt auch ein genormtes Dachschild.</p>
<p>Die bisherige Höhe der zur Erfüllung der finanziellen Leistungsfähigkeit nachzuweisenden Mittel ist eher niedrig, andererseits sollen keine künstlichen Marktzugangshindernisse errichtet werden. Es bedarf daher eines vernünftigen Kompromisses.</p>	<p>Dieser Vorschlag soll gemeinsam mit den Kollegen im Europaparlament geprüft werden.</p>	<p>Die finanzielle Leistungsfähigkeit muss gewährleistet sein und „schwarze Schafe“ gehören aus dem Verkehr gezogen. Keinesfalls dürfen kleine Taxiunternehmen und 1-Mann- oder 1-Frau-Taxibetriebe aus dem Markt gedrängt werden. Deshalb besteht noch Gesprächsbedarf.</p>
<p>Qualifizierte und mit wesentlichen Grundkenntnissen ausgestattete Taxifahrer sind ein maßgebliches Qualitätsmerkmal für das Taxigewerbe, sodass Initiativen für eine Verbesserung der Fahrerausbildung unterstützt werden. Interessant ist auch, die Qualifikationsanforderungen über ein zunächst freiwilliges Zertifizierungsverfahren zu sichern.</p>	<p>Eine Steigerung der Qualität im Taxigewerbe wird positiv gesehen. Ein zusätzlicher bürokratischer Aufwand ist zu vermeiden.</p>	<p>Die Forderung ist sinnvoll. Wert ist auf die Behandlung „besonderer Beförderungsfälle“, so von Menschen mit Behinderungen, kleinen Kindern und vor allem Babys, zu legen. Ein besonderes Problem sind schlecht gewartete Fahrzeuge, hier wären gegebenenfalls kürzere Kontrollintervalle präventiv wirksam.</p>
<p>Die Einführung einer Fahrerausweispflicht ist aus Verbraucherschutzgründen durchaus naheliegend. Die Partei setzt sich dafür ein, dass der Vorschlag des BZP vom Bundesverkehrsministerium geprüft und beurteilt wird.</p>	<p>Die Forderung einer generellen Fahrerausweispflicht wird ausdrücklich unterstützt. Die Allerdings zunächst als freiwillige Selbstverpflichtung des Taxigewerbes geschehen kann. Erst bei fehlender Umsetzung wäre ein ordnungsrechtlicher Rahmen vorzugeben.</p>	<p>Eine solche Verordnung würde begrüßt, die neben der Förderung des Dienstleistungsgedankens auch das individuelle Sicherheitsempfinden der Fahrgäste steigert.</p>
<p>Die Beurteilung eines Risikos im konkreten Fall und die jeweilige Entscheidung sollte eigentlich beim Fahrer verbleiben. Deshalb unterstützt die Partei eine Überprüfung unter Beteiligung aller Betroffenen und steht dem Vorschlag des BZP offen gegenüber.</p>	<p>Unbedingt, sowohl aus Verkehrssicherheitsgründen aber auch aus Gründen der Vorbildfunktion für die Fahrgäste, ist die generelle Anschnallpflicht dringend geboten.</p>	<p>Wichtig wird es sein, zuerst die Taxifahrerinnen und Taxifahrer selbst davon zu überzeugen, denn verboten ist das Anschnallen ja derzeit auch nicht. Bei Einigkeit des Gewerbes wird die Einführung an der Partei auf keinen Fall scheitern.</p>
<p>Eine Verschärfung der Vorschriften darf nicht zu unzumutbaren und unfinanzierbaren Hürden etwa im Schülerverkehr führen. Eine Kompromisslösung könnte in ausreichend dimensionierten Übergangsfristen bestehen.</p>	<p>Im Rahmen der angestrebten Gesamtrevision des PBefG will die Partei diese Forderung prüfen. Auf jeden Fall ist die Sicherheit und Leichtigkeit des (Taxi-)Verkehrs zu gewährleisten.</p>	<p>Die Forderung, dass der – gewerbliche – Transport der genannten Gruppen nicht ohne Personenbeförderungsschein erfolgen sollte, wird unterstützt. Die Auswüchse durch Mietwagen mit Fahrern mit niedrigeren Standards sollen unterbunden werden.</p>